

II-13437 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 654413

ANFRAGE

1994 -04- 26

der Abgeordneten Wolf

und Genossen

an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie

betreffend Umweltverträglichkeitsprüfung für die S 18

Schon seit langer Zeit wird in Vorarlberg über den Ausbau der S 18 diskutiert. Im Zuge dieser Diskussionen wird von vielen Umweltschutzorganisationen im Land Vorarlberg verlangt, dieses Ausbauprojekt einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterwerfen, um die Belastung für die Bevölkerung durch eine unabhängige Prüfung zu ermitteln, und gegebenenfalls Schutzmaßnahmen ergreifen zu können.

Die unterzeichneten Abgeordneten sind der Auffassung, daß gerade für derartig umstrittene Straßenbauvorhaben eine reine Umweltverträglichkeitserklärung nicht ausreichend ist, sondern eine Umweltverträglichkeitsprüfung durch die dafür zuständige UVP-Behörde erfolgen sollte.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie die nachstehende

Anfrage:

1. Haben Sie der Vorarlberger Landesregierung das Zugeständnis gemacht, daß für den Ausbau der S 18 eine Umweltverträglichkeitserklärung ausreichend ist?
2. Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, daß der Ausbau der S 18 einer vollständigen Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen wird, auch wenn das Projekt vor dem Inkrafttretenstermin des UVP-Gesetzes in Angriff genommen wird?
Wenn nein, warum nicht?